

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“

Gegen die Erhöhung der Militärausgaben

Der Sozialdemokrat August Bebel prägte diesen o.g. Satz im Jahre 1887 zur Ablehnung des Militäretats des preussischen Staates. Als es um die Bewilligung von Kriegskrediten zu Beginn des 1. Weltkrieges ging, spaltete sich die deutsche Sozialdemokratie. Die Mehrheit der SPD im Reichstag stimmte zu, eine Minderheit mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Spitze sprachen sich dagegen aus. Das Verhängnis nahm seinen Verlauf. In der ersten großen Völkerschlacht der Moderne starben mehr als 9 Millionen Soldaten. Danach, hätte man meinen sollen, war Schluss mit Krieg und Militär. Aber das Gegenteil passierte. Die Aufrüstung auf beiden Seiten, bei den Verlierern und den Gewinnern des großen Schlachtens hatte bald den alten Stand erreicht und es wurde weiter massiv aufgerüstet, mit neuen, todbringenden Waffen. Nur 20 Jahre nach dem Ersten kam es zum Zweiten Weltkrieg mit diesmal über 70 Millionen Toten. Der Wahnsinn hörte nicht auf. Erst die Atombombe, dann die Wasserstoffbombe, erst Hiroshima und Nagasaki, dann all die Kriege nach 1945. In Westdeutschland kam es zu Massenprotesten unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ gegen die Wiederbewaffnung. Trotzdem wurde die Bundeswehr ins Leben gerufen, zwar als „Bürgerarmee“ und mög-

lichen Einsätzen unter Parlamentsvorbehalt, aber doch fest eingebunden in die westliche „Verteidigungs“strategie unter Führung der USA, die ihre Stützpunkte auch mit Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik unterhielten. Auch in den USA selbst gab es Diskussionen über die Rolle des Militärs. Als der damalige Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede 1961 ausdrücklich vor den Verflechtungen und Einflüssen des „militärisch-industriellen Komplexes“ warnte, wurde dies als Signal verstanden, sich Gedanken über die Gefahren für die Demokratie zu machen. Das hinderte die USA dann aber nicht, sich in den Vietnam-Krieg zu stürzen, in dessen Verlauf zwischen 1961 und 1975 58.000 amerikanische Soldaten ihr Leben verloren. Gegen diesen Krieg kam es zu großen, weltweiten Protestaktionen, auch in der Bundesrepublik, wo es dann Anfang der 80er Jahre zu einer großen Friedensbewegung kam, als die USA neue Mittelstreckenraketen auf unsrem Boden stationieren wollten, die auf die Sowjetunion ausgerichtet waren, die allerdings auch neue Raketen in Stellung brachten.

„Frieden schaffen ohne Waffen“ hieß die Parole.

Seit dem Ende des 2. Weltkrieges starben noch einmal weit über 200 Millionen Menschen in zahlreichen Kriegen überall auf der Welt. Für die staatlichen und privaten Waffenhändler ein äußerst profitables Geschäft, unermessliches Leid für die Opfer. Wann endet das endlich?

Angesichts der drohenden Klimakatastrophe mit ihren Millionen von Flüchtlingen stellen sich aktuell ganz andere Herausforderungen an die Weltgemeinschaft als immer mehr

Ausgaben fürs Militär. Die Militäretats umfassen heute nach den Ermittlungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts weit über 1,5 Billionen US-Dollar. Eine kaum vorstellbare Summe. Und noch eine Zahl muss genannt werden, um den ganzen Irrsinn von Waffen und Militär deutlich zu machen. Allein die 9 Atomwaffenstaaten besitzen ca. 14.000 Atombomben mit einer Zerstörungskraft von 2.500 mal Zweiter Weltkrieg. Auf jeden Erdenbürger kommt eine Tonne TNT-Sprengstoff...

Der sogenannte Kalte Krieg ist lange vorüber, als sich die beiden großen Atommächte USA und UdSSR bis an die Zähne bewaffnet gegenüberstanden mit der garantierten Fähigkeit, sich gegenseitig zu vernichten, nach dem Motto: „Wer zuerst zuschlägt, stirbt als Zweiter“. Seitdem sind die Atomwaffen „modernisiert“ worden, sogenannte Mini-Atombomben werden entwickelt, neue Raketensysteme angeschafft mit erweiterten Reichweiten und neuartige Waffen im Weltraum installiert. Der Wahnsinn nimmt kein Ende. Die militärische Vorrangstellung in der Welt haben immer noch die USA. Ihr folgen Russland und die VR China. Diese letztere ist die aufstrebende Weltmacht, die dabei ist, die erste Stelle einzunehmen. Sie rüstet massiv auf, gewinnt aufgrund ihrer wirtschaftlichen Power immer mehr an Einfluss und lässt keinen Zweifel daran, dass sie bald die führende Weltmacht sein wird. Wie die alte Weltmacht USA darauf reagieren wird, ist noch nicht ausgemacht.

In der Geschichte waren es oft Staaten, die im Niedergang begriffen sich aufschwangen, ihre alte Stellung auch mit militärischen Mitteln zu verteidigen. Ob das zwischen den USA und der VR China soweit kommen wird, sei dahin-

gestellt, aber zumindest besteht eine solche Gefahr. Angesichts dieser Konstellation wird von europäischen Politikern immer lauter eine „Europäisierung“ der Streitkräfte aller einzelnen europäischen NATO-Staaten gefordert. Man ist sich nicht mehr sicher, ob die USA ihre Macht auch in einer möglichen Auseinandersetzung mit dem „alten“ Gegner Russland einsetzen wird. Also heisst es, mehr Geld fürs Militär, mindestens 2 Prozent des BIP in den nächsten Jahren, wobei die Ausgaben heute schon allein in Deutschland über 50 Milliarden Euro ausmachen.

Darauf hat sich die Bundesregierung verständigt und die Verteidigungsministerin propagiert es unermüdlich. Nach der Wahl des neuen Präsidenten der USA, Joe Biden, richtet sich der Blick auf ihn, dem man zutraut, die alte, enge Waffenbrüderschaft zwischen den USA und Europa wieder neu zu befeuern, natürlich nur dann, wenn das 2 Prozent-Ziel erreicht wird. Der französische Präsident Macron mißtraut den USA wie schon einer seiner Vorgänger, der General de Gaulle, der in den 60er Jahren sogar aus der NATO ausgetreten war und eine eigene atomare Streitmacht aufgebaut hatte, die bis heute Bestand hat. Präsident Macron setzt sich für eine europäische Sicherheitsstrategie ein und stellt damit die deutsch-französische Partnerschaft nicht in Frage, aber doch auf eine große Belastungsprobe.

Mitten in diesem Streit über die Zukunft der NATO und der offensichtlich notwendigen Modernisierung der Bundeswehr, deren Ausrüstung schon lange nicht mehr den aktuellen Erfordernissen entspricht, meldet sich nun die Ko-Vorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Annalena Baerbock zu Wort und fordert frank und frei, die Bundes-

wehr mit „Gewehren auszustatten, die auch schießen und Nachtsichtgeräten, die funktionieren“. In Zusammenarbeit mit Frankreich könnte es auch zu „robusten“ europäischen Militäreinsätzen kommen, dann „dürften wir uns nicht wegducken“. Schon Tage vorher hatte die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Katrin Göring-Eckardt, laut darüber nachgedacht, wie ein Einsatz auch in Ländern außerhalb der NATO möglich gemacht werden könnte ohne ausdrückliches UNO-Mandat.

Ein solches Mandat galt bisher als die entscheidende Voraussetzung überhaupt für eine Beteiligung der Bundeswehr an Militäreinsätzen im Ausland. Allerdings wurde schon beim Jugoslawien-Krieg dagegen verstoßen, als 1999 etliche NATO-Staaten mit 200 Flugzeugen militärische und zivile Ziele in der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien mit Sitz in Belgrad unter Beteiligung der Bundeswehr angriffen. Dazu gab es kein ausdrückliches Mandat der UNO und deshalb ist dieser Einsatz bis heute völkerrechtlich höchst umstritten, zumal auch kein Bündnisfall im Sinne der NATO-Verträge vorlag. Auf einem außerordentlichen Parteitag der GRÜNEN im Mai 1999 in Bielefeld rechtfertigte der grüne Außenminister Joschka Fischer diese Einsätze in seiner Rede mit dem Verweis auf den Genozid in der Stadt Srebrenica, als 8.000 muslimische Bosnier dort schon 1995 von serbischen Einheiten ermordet worden waren. Er verglich diesen Genozid mit Auschwitz und sagte, dass sich ein solches Verbrechen nie wiederholen dürfe. Mit seiner Haltung erntete Joschka Fischer damals und bis heute viel Widerspruch, denn seine Befürwortung eines militärischen Eingreifens sei

eine deutliche Abkehr von der grundsätzlich pazifistischen Ausrichtung der GRÜNEN gewesen.

Bereits vier Jahre zuvor, 1995, hatte der deutsche Bundestag gegen die Stimmen der PDS, der GRÜNEN und einiger SPD-Abgeordneter beschlossen, erstmals seit Ende des 2. Weltkrieges deutsche Soldaten in einen bewaffneten Einsatz zu schicken. Später hatte das Bundesverfassungsgericht solche „Out-of-area“-Einsätze zur „Wahrung des Friedens“ als verfassungskonform bezeichnet.

Als im Jahre 2003 die rot-grüne Bundesregierung vor der Entscheidung stand, sich am Irak-Krieg der USA zu beteiligen, lehnte dies Bundeskanzler Gerhard Schröder ab. Im Rückblick, zehn Jahre später, schrieb der damalige Bundestagsabgeordnete und Verteidigungsexperte der GRÜNEN, Winfried Nachtwei: „Rot-Grün hat zusammen mit den vielen anderen Gegnern des Angriffs auf den Irak diesen Krieg nicht verhindern können. Die Verweigerung der aktiven Kriegsbeteiligung war nichtsdestoweniger ein historischer Teilerfolg. Man stelle sich vor, Bundestag und Bundesregierung hätten Bundeswehrverbände in diesen de facto völkerrechtswidrigen Angriffskrieg entsandt...“

Zwei Jahre zuvor hatte die rot-grüne Koalition allerdings die Beteiligung am Krieg in Afghanistan beschlossen. Diesen Einsatz rechtfertigte der damalige sozialdemokratische Verteidigungsminister Peter Struck so, dass damit auch „unsere Sicherheit am Hindukusch verteidigt werde“. Im Jahre 2002 waren insgesamt über 10.000 deutsche Soldaten im Ausland im Einsatz, im Mittelmeer, am Horn von Afrika, im Kongo, im Sudan und dann bis heute in Mali. Als weitere Einsatzgebiete wurden vom deutschen Bundestag die arabische

Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nordost-Afrika festgelegt.

Die meisten dieser Einsätze waren und sind zwar nicht unmittelbar mit Kampfhandlungen verbunden, sondern dienen zur Unterstützung der einheimischen Armeen oder zu ihrer Ausbildung, zur Sicherung der Infrastruktur oder ähnlicher „friedenssichernden“ Maßnahmen oder der „humanitären“ Hilfe.

Laut Angaben der Bundeswehr kamen seit 1992 in Auslandseinsätzen 114 deutsche Soldaten ums Leben, nicht mitgezählt die Zahl der Toten von Spezialkräften, da diese Zahl der Geheimhaltung unterliegt.

Auch wenn diese Zahl nicht besonders hoch erscheint, so sind das Menschenleben, einzelne Schicksale, die viel Leid bei den Angehörigen hervorgerufen haben.

Das alles wirft die grundsätzliche Frage auf, ob solche Einsätze überhaupt zu rechtfertigen sind, ob ein Staat überhaupt den Befehl geben darf, dass seine Staatsbürger das Risiko eingehen, bei militärischen Einsätzen getötet zu werden. Und natürlich geht es auch um die Frage, ob ein Militärapparat existieren muss, wenn auch „nur“ zur Verteidigung des eigenen Territoriums. Ein solcher Einsatz setzt immer einen Angreifer voraus, einen Aggressor, der das fremde Land aus welchen Gründen auch immer erobern will. Als ein solcher möglicher Aggressor wird bis heute die ehemalige Sowjetunion angenommen, die einen Teil ihrer Raketen gen Westen aufgestellt hat. Gegen eine solche Gefahr wurde die Bundeswehr geschaffen und in den Verbund der NATO aufgenommen. Auf ihrem Boden stehen seitdem atomar bestückte Ra-

keten, die, wenn sie zum Einsatz kommen sollten, eine garantierte Vernichtung unseres Landes bedeuten würde, denn ein Gegenschlag der anderen Seite dürfte gewiss sein.

So leben wir seit vielen Jahren in der Gefahr einer gegenseitigen Vernichtung und dafür werden immense Geldmittel zur Verfügung gestellt, die vor allem die Rüstungsproduzenten immer reicher machen. Die Alternative zu einer solchen irrsinnigen Situation war schon immer eine Politik der Abrüstung, der Verständigung und des gegenseitigen Vertrauens. In diesem Sinne handelte die von Willy Brandt geführte Bundesregierung in den 70er Jahren, als sie durch ihre neue Ostpolitik zu einer deutlichen Entspannung zwischen den beiden Atommächten USA und UdSSR beitrug.

Nach dem Ende der Sowjetunion wurde diese Politik leider nicht fortgesetzt, im Gegenteil, die NATO wurde weit nach Osten ausgedehnt und das neue Russland fühlte sich von ihm feindselig gegenüberstehenden Staaten umzingelt.

Das darf aber nicht zu der Einschätzung führen, als wäre dieses Land völlig „unschuldig“. Russland hat in den vergangenen Jahren zahlreiche militärische Aktionen unternommen, die absolut nicht zu rechtfertigen sind, wie die Annexion der Krim oder die Angriffe auch auf zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser in Syrien.

Es ist trotz allem ein Gebot der Stunde, dass die Entspannungspolitik wieder aufgegriffen wird, dass endlich eine klare Abrüstung in Gang gesetzt wird und insgesamt eine Politik der guten Nachbarschaft gepflegt wird. Nur so können wir in Europa auf Dauer in Frieden leben.

Dann könnte der deutsche Staat seine Militärausgaben deutlich senken und sogar überlegen, das NATO-Bündnis zu verlassen, so wie es angesichts der deutschen Wiedervereinigung schon einmal angedacht wurde.

Die Bundeswehr müsste komplett umgerüstet werden zu einer nichtmilitärischen Einsatztruppe, die z.B. in Katastrophenfällen wie Hochwasser oder Sturmfluten oder wie im Augenblick bei Pandemien zum Einsatz käme.

Damit wäre allerdings ein Einsatz Out-of-area ausgeschlossen und die Staaten dieser Welt, die sich in militärische Konflikte hineinziehen lassen, wären auf sich allein gestellt, es sei denn, es finden sich Bündnispartner, die auf ihrer Seite in Konflikte eingreifen. Leider wird es solche immer wieder geben und so nimmt das gegenseitige Morden seinen Lauf...

Ein Problem bleibt. Auch als früher Kriegsdienstverweigerer bereits im Jahre 1966 und als eingefleischter Pazifist bin ich nicht so naiv, dass ich meine, der Nationalsozialismus wäre ohne militärische Gewalt besiegt worden. Diese Notwendigkeit hat sicherlich bestanden, aber als dieses unmenschliche Regime nicht weiter Unheil verbreiten konnte und auch als der japanische Faschismus niedergeschlagen war, da hätte der Zeitpunkt gekommen sein können, sich weltweit vom Militär zu verabschieden. Mir ist klar, dass das ein wunderbarer Traum gewesen wäre, aber ein solcher Traum muss weiter geträumt werden dürfen, wenn nicht eines Tages die ganze Welt in einem atomaren Inferno vernichtet werden soll. Eine reale Gefahr, die allein darin besteht, dass ein Angriff mit interkontinentalen Atomraketen durch ein simples

Versehen des Bedienungspersonals oder durch einen Computerfehler ausgelöst wird, so wie es Anfang der 80er Jahre um ein Haar hätte passieren können, wenn nicht ein aufmerksamer sowjetischer Oberst den scheinbaren Angriff von amerikanischen Raketen als solchen erkannt hätte. Denn damals wie heute gilt: wer als Erster angreift, stirbt als Zweiter. Und das ist eine unerträglicher Zustand.

Also: Abrüsten tut Not, die Schwerter müssen zu Pflugscharen umgeschmiedet werden, die Ausgaben fürs Militär müssen sofort drastisch gesenkt werden, die Bundeswehr verlässt die NATO und beteiligt sich nicht länger an militärischen Bündnissen. Sie wird umgewandelt in eine zivile Truppe nur für den Einsatz in Katastrophenfällen wie Überschwemmungen, Stürmen oder bei Pandemien. Eine Welt ohne Waffen muss möglich sein und es gilt der schöne Satz der Friedensbewegung:

„Stell dir vor, es ist Krieg und
keiner geht hin.“

Also: Schluss mit grünen Überlegungen zur Aufrechterhaltung einer Bundeswehr mit militärischem Auftrag. Wenn das der Preis einer Regierungsbeteiligung sein sollte, dann bin ich nach 40jähriger Parteimitgliedschaft nicht länger dabei.

Christian Holtgreve

